

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 43 (1949)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : einseitig? ; Atomkrieg in Sicht? ; Pfund und Dollar ;
Das alte Deutschland ; Moskaus schwere Hand ; Der Kampf um Asien ;
Dritte Kraft?

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139269>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltrundschau

Einseitig? Es sei mir gestattet, dieser Rundschau eine persönliche Bemerkung vorzuschicken. Man wirft dem Schreibenden vielfach vor, seine Beleuchtung der Weltereignisse sei einseitig, weil sie Licht und Schatten ungleich verteile: das Licht allzu sehr nach der östlich-sowjetischen, den Schatten vorwiegend nach der westmächtlichen Seite hin. Wenn das heißen soll, daß ich mit meiner Darstellung einen *künstlichen* Beleuchtungseffekt erzielen wolle, der die wirkliche Lage verzerre, so muß ich den Vorwurf durchaus ablehnen. Die Einseitigkeit liegt nicht bei mir, sondern in der Natur der Dinge selbst.

Gewiß, ich bejahe und begrüße die in der östlichen Welt, von Prag und Berlin bis Schanghai und Batavia vor sich gehende soziale Revolution, dieses ungeheuerste Zeitgeschehen, aus ganzem Herzen. Aber ich sehe auch klar und beklage tief die damit verbundenen Gewalttätigkeiten und Unmenschlichkeiten (die freilich nicht größer sind als diejenigen, welche die Revolutionierung der westlichen Welt zwischen dem 16. und dem 19. Jahrhundert begleitet haben) und lehne den seelenaustrocknenden Materialismus, der zur maßgebenden Philosophie mindestens der Revolutionen des europäischen Ostens erhoben worden ist, völlig ab, auch wenn er keineswegs verderblicher, höchstens ehrlicher ist als der Materialismus der bürgerlich-kapitalistischen Zivilisation des Westens. Ich bin auch weit davon entfernt, die Methoden der sowjetischen Außenpolitik gutzuheißen; sie widersprechen allzu schroff dem Geist, von dem sich ein sozialistisches Gemeinwesen leiten lassen sollte.

Ich habe aus meiner Meinung über diese Dinge nie ein Hehl gemacht. Aber ich bin daran freilich auch nie hängen geblieben. Die zeitgenössische Weltpolitik dreht sich eben nicht um *diese* Achse. Sie wird nicht von den bösen Kräften beherrscht, die in der russischen und gesamtöstlichen Revolution mitwirken. Sie wird von den dämonischen Mächten beherrscht, die im Kapitalismus des Westens tätig sind und die, seit es eine Sowjetunion gibt, die in ihr wirksamen *guten* Kräfte ersticken wollen, womit sie weit hin auch für die als Abwehrwaffe gegen außen gedachte Diktatur im Innern der revolutionären Staaten verantwortlich sind. Diese Dynamik des westlichen Kapitalismus, die sein Lebensgesetz ist, *das* ist die alles überschattende Gefahr, die über den Völkern hängt, und die es vor allem andern zu zeigen gilt. Die kommunistische Gefahr erkennt und denunziert ohnehin alle Welt; gegen sie auch von unserer Seite her die westliche Menschheit beständig zu alarmieren, sehe ich bei aller Notwendigkeit, sie am rechten Ort und in der rechten Weise aufzuzeigen, keinen Anlaß. Der systematische Antikommunismus ist ja nun wirklich der große Modegötze dieser Zeit geworden. Ihm glaubt auch bei uns zulande jeder huldigen zu müssen — und in was für hysterischen Formen oft! —, der seine freiheitliche und menschliche Gesinnung öffentlich bekunden will. Und auch unsere sozialdemokratischen und Gewerkschaftszeitungen (mit

wenigen Ausnahmen) wie erst recht unsere frommen Blätter und Blättchen, führen ihren Kampf «für Wahrheit, Freiheit und Recht» sozusagen ausschließlich mit Front gegen die Sowjetunion und den Kommunismus. Ich bin nicht der Meinung, daß sich von dieser Strömung auch die «Neuen Wege» treiben lassen oder ihr auch nur wesentliche Zugeständnisse machen sollten. Es muß auch in der Schweiz noch ein paar Orte geben, wo man dem moralischen Terror, der uns — bei Strafe der Diffamierung als Baalsdiener oder Kryptokommunisten — zur Gleichschaltung mit dem großen Haufen zwingen will, kräftig widersteht! Wollten auch wir in den Massendor des Antikommunismus einstimmen, so würden wir nur — wie es leider so viele Gutgläubige tun — die Geschäfte derer besorgen helfen, die mit ihrem «Haltet den Dieb!» von der wahren, der entscheidenden gesellschaftlichen Aufgabe unserer Zeit abzulenken suchen: von der sozialen Revolution, die auch die westliche Welt und mit den ihr gemäßen Mitteln vollziehen muß.

Auf diese Aufgabe die Aufmerksamkeit immer wieder hinzulenken und den Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution als das zentrale Thema der Zeitgeschichte verstehen zu lehren — das haben wir als unseren Auftrag für die «Neuen Wege» angenommen, die sich «Blätter für den Kampf der Zeit» nennen. In diesem Kampf Stellung zu beziehen, eindeutig und auf der rechten Seite Stellung zu beziehen — was, nochmals sei es gesagt, nicht einfach für die Politik der Sowjetunion, wohl aber für die Sache der sozialistischen Revolution und wider die Gegenrevolution, für die Sache des Friedens und gegen die Kriegskräfte Partei ergreifen heißt —, das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wer das einseitig heißt, dem wollen wir gar nicht widersprechen; die Wahrheit ist immer einseitig und liegt auch hier nicht «in der Mitte», wie ein der Fähigkeit zu sauberer Entscheidung entwöhntes, neutralistisches Denken so gern annimmt. Wer uns auf diesem Weg nicht zu begleiten vermag, mit dem wollen wir nicht weiter rechten. Jeder folge dem Licht, das er sieht. Wer aber, wie unlängst von Seiten eines Pfarrers wieder geschehen, behauptet, die «Neuen Wege» stünden «im Dienst eines der abscheulichsten Despotismen unserer Zeit und seiner Propaganda», dem sagen wir ganz einfach: Das ist Verleumdung!

Aber nun zu den konkreten Geschehnissen, die sich in der Welt draußen in den letzten vier Wochen abgespielt haben!

Atomkrieg in Sicht? Das weitaus ernsteste Ereignis der Berichtszeit ist unstreitig die von amerikanischer Seite enthüllte Tatsache, daß nun auch die Sowjetunion hinter das Geheimnis der Herstellung von Atombomben gekommen ist. Noch herrscht zwar, trotz den russischen «Geständnissen», über die näheren Umstände der Atomexplosionen irgendwo in der Sowjetunion völlige Unklarheit, und wahrscheinlich wird es noch manches Jahr gehen, bis die Sowjettechnik den amerikanischen Vorsprung in der Erzeugung von

Atombomben eingeholt haben und dann auch — was noch eine Sache für sich ist — die Mittel besitzen wird, um sie über oder in Amerika loszulassen. (England liegt schon heute im Bereich russischer Atombombenflugzeuge.) Aber die Tatsache selbst, daß das amerikanische Atombombenmonopol gebrochen ist, scheint festzustehen, und es handelt sich für die Beteiligten «nur» mehr darum, die Folgerungen aus dieser Umwälzung der Lage zu ziehen. Welcher Art werden sie wohl sein?

Die erste Folgerung, die aus der neuen Lage gezogen werden muß, und die vor allem England und Amerika angeht, drängt sich eigentlich von selber auf. Sie lautet kurz und einfach: Die auf den amerikanischen Alleinbesitz der Atombombe begründete Politik, die von der Sowjetunion die Unterwerfung unter die Bedingungen des «amerikanischen Friedens» erpressen wollte, ist gescheitert. Was Churchill — und er war ja nur der Sprecher der westmächtlichen Aktivisten überhaupt — noch in seiner letzten Bostoner Rede so offen gefordert hatte, daß nämlich die Westmächte «eine Präventivkrise erzeugen (müßten), die nötigenfalls zum Präventivkrieg führt», um eine Regelung mit dem Kreml zu erzwingen, bevor dieser ebenfalls Atombomben habe, das ist nunmehr gegenstandslos geworden. Es hätte zwar schon bisher einleuchten sollen, daß ein präventiver Atombombenangriff auf Rußland nur die außerhalb der Sowjetgrenzen stehenden russischen Armeen antreiben müßte, sich nach Westen hin in Bewegung zu setzen und damit den zu verhindernden Krieg erst recht auszulösen. Aber das scheint keineswegs allen westlichen Strategen und Staatsmännern klar gewesen zu sein¹. Jetzt muß man es zur Kenntnis nehmen, daß sich die Russen nichts abzwängen lassen, vielmehr sofort mit der gleichen Waffe zurückschlagen würden, falls man sie «vorbeugenderweise» mit Atombomben angreifen sollte.

Aber mit dieser Erkenntnis ist noch nicht viel gewonnen. Es könnte ja doch auch sein — und viele Beobachter befürchten es schon längst —, daß nun zwischen Rußland und Amerika erst recht ein verzweifelttes allgemeines und Atomwetterüsten anhöbe, das beide Teile in die schwerste Versuchung führen müßte, von sich aus loszuschlagen, um der Gefahr der Vernichtung durch einen Blitzatomangriff der anderen Seite zu entgehen. Für die Vereinigten Staaten muß diese Versuchung besonders groß sein, nicht nur weil sie — wie man in maßgebenden Kreisen glaubt — für etwa zwei Jahre «noch über eine mehrfache Überlegenheit auf dem Gebiet der Atombombe» verfügen (Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung» aus

¹ Wie geläufig namentlich gewissen amerikanischen Militärkreisen die Vorstellung vom «vorbeugenden» Atomkrieg gegen die Sowjetunion war, bezeugt auch ein ungenannter, aber offenkundig mit Material aus erster Hand versehener Korrespondent des «New Statesman», der in der Nummer vom 1. Oktober in einem hochinteressanten Rückblick auf die innere Geschichte der Chinapolitik der Vereinigten Staaten feststellt, daß seinerzeit «hohe militärische Persönlichkeiten» die Kuomintangführer von der Möglichkeit eines Präventivkrieges gegen Rußland unterrichteten und dadurch deren Bereitschaft zu Reformen oder zu einer Verständigung mit den Kommunisten zerstörten.

Washington vom 2. Oktober), sondern auch weil Amerika mit seiner dichteren Bevölkerung und stärker massierten Industrie viel verwundbarer ist als die Sowjetunion. Und tatsächlich haben die zuständigen USA-Körperschaften auch bereits beschlossen, die Produktion von Atombomben nun erst recht zu forcieren, so wie es sicher kein Zufall ist, daß gleichzeitig beide Häuser der amerikanischen Bundesversammlung die Kredite für die Rüstungshilfe an Westeuropa, die bisher besonders im Abgeordnetenhaus auf starken Widerstand gestoßen waren, im vollen von der Regierung geforderten Umfang bewilligt haben. Was aber aus einem solchen Wettrüsten hervorgehen mag, kann man nur mit Grauen ahnen.

Wollen die beiden feindlichen Mächtegruppen den darin liegenden tödlichen Gefahren ausweichen, dann bleibt ihnen eben nur der Weg der *Verständigung* über die hauptsächlich zwischen ihnen stehenden Streitpunkte übrig. Der Verständigung, sagen wir, nicht einfach der Unterwerfung der Sowjetunion unter die Politik des «containment», der Zurückdrängung und Niederhaltung, wie sie die Vereinigten Staaten seit Roosevelts Tod gegenüber Rußland immer konsequenter betreiben. Dabei wird es längst nicht mehr genügen, bloß eine Verständigung über die internationale Kontrolle der Atomkraft zu erzielen, schon darum nicht, weil hinter der Atombombe — wenn wir den Sachverständigen glauben dürfen — noch viel grauenhaftere Massenvernichtungswaffen stehen, die sich bei der verhältnismäßigen Einfachheit ihrer Herstellung jeder internationalen Überwachung entziehen. Aber auch wenn man versuchen wollte, wie dies jetzt wieder geschieht, sich zunächst auf die Kontrolle der Atomkraft zu beschränken, so könnte das nicht mehr auf der Grundlage des im wesentlichen durch die UNO übernommenen amerikanischen (Baruch-)Planes erfolgen, der eben allzu sehr auf die Interessen der Vereinigten Staaten zugeschnitten war. Dieser Plan hätte ja — wir erinnern an das tapfere Buch des britischen Atomforschers und Nobelpreisträgers Blackett, das die offiziellen Kreise in England und Amerika so wütend machte — schon auf den ersten Stufen seiner Ausführung die amerikanische Flugwaffe mit einer vollständigen Zielkarte für die sowjetischen Industriewerke ausgestattet, deren Standort geheimzuhalten für die Russen eine entscheidende Maßnahme ihrer Landesverteidigung darstellt. Und er hätte darüber hinaus die Sowjetunion völlig von den Beschlüssen einer ihr feindlich gesinnten Mehrheit der Atomkraftbehörde abhängig gemacht, auch in bezug auf die zivile Verwendung der Atomenergie, bei der angesichts der gewaltigen Entwicklung der nichtatomischen Energiequellen — Kohle, Öl, Elektrizität usw. — in den Vereinigten Staaten die Interessen Rußlands denjenigen Amerikas weithin entgegengesetzt sind. Der immer wieder an die Sowjetunion gerichtete Vorwurf, sie wolle eben einfach nicht ihre nationale Souveränität zugunsten einer internationalen Rechts- und Friedensordnung aufgeben, ist unter diesen Umständen eitel Heuchelei. Wären die Russen seinerzeit auf den Baruchplan eingetreten, dann säßen sie jetzt hilflos in der Falle und könn-

ten nicht ihrerseits, wie die Amerikaner schon seit Jahren, die Atombombe in die Waagschale der internationalen Verhandlungen werfen. Jetzt sind die Gewichte, wenn auch noch nicht gleich, so doch viel weniger ungleich verteilt, und man könnte sich vorstellen, daß sowohl die Sowjetunion wie die Vereinigten Staaten Gründe hätten, um zu einer Generalbereinigung der hängigen Konfliktsfragen eher die Hand zu bieten, als dies bisher der Fall war. Die Aussicht auf einen neuen Krieg, der nun wirklich keine «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» mehr sein könnte, sondern nur noch eine phantastische Orgie der Selbstvernichtung Europas und Amerikas, sollte auf jeden Fall geeignet sein, die verantwortlichen Regierungen endlich zum beschleunigten Handeln anzutreiben — sofern man überhaupt noch auf Vernunft und Gewissen von Regierungsmännern irgendwelche Hoffnungen setzen will.

Pfund und Dollar Der Schock, den die westliche Welt durch die «Bombennachricht» aus Rußland bzw. Amerika erlitten hat, findet ein gewisses Gegenstück in der Erschütterung, der sie acht Tage zuvor auf wirtschaftlichem Gebiete durch die *Abwertung des britischen Pfunds* und einer langen Reihe anderer schwacher Währungen ausgesetzt war. Die Pfundabwertung konnte, wenn England nicht bereit war, militärisch abzurüsten und dadurch große Geldmittel und Kräfte für die zivile Produktion freizumachen, tatsächlich kaum mehr vermieden werden, sollte die britische Wirtschaft imstande sein, durch vermehrte Ausfuhr von Industrieerzeugnissen nach den Vereinigten Staaten die lebenswichtigen Rohstoffe und Lebensmittel zu bezahlen, die sie aus dem Dollargebiet beziehen muß. Aber sie bleibt eben dennoch das Eingeständnis der Unfähigkeit der Labourregierung, die Wirtschafts- und Finanzkrise Englands, trotz dem erstaunlichen Aufschwung seiner Produktion, mit sozialistischen Methoden zu überwinden; unter dem Druck der Beherrscher von Finanz und Industrie diesseits und jenseits des Ozeans sah sie sich vielmehr gezwungen, zu einem *kapitalistischen* Auskunfts Mittel zu greifen, dessen Unehrllichkeit in Zweck und Vorbereitungsart nur mit der Fragwürdigkeit seiner Wirkung konkurrieren kann.

Es hätte zwar noch schlimmer kommen können, als es tatsächlich gekommen ist; auf konservativer Seite spekulierte man ja recht offen darauf, daß die Labourregierung, wie in der MacDonald-Krise von 1931, gleich auch die Sozialpolitik abbauen und der britischen Wirtschaft eine Dosis «gesunder» Arbeitslosigkeit (zum Zwecke des Lohndruckes und der Produktionsverbilligung) verordnen werde, worauf dann eine Spaltung der Labourpartei und die Bildung einer Koalitionsregierung unter dem alten Churchill erfolgen werde, der schon vor der Abwertung öffentlich erklärt hat, er fühle sich dazu berufen, «seine letzten Kräfte der Errettung des Landes von der sozialistischen Bedrückung zu widmen». Das ist nun zwar glücklich vermieden worden; ob aber die Abwertung auf die Länge nicht dennoch Großbritannien auf den Weg zum «rettenden» Wirt-

schaftsliberalismus zurückführen wird, das bleibt ebenso abzuwarten wie die Wirkung des Abwertungsexperimentes auf den bevorstehenden großen Wahlkampf zwischen Labourpartei und konservativ-liberalem Bürgertum. Eine erneute Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung, insbesondere auch der Sozialrentner und Kleinsparer, wird trotz dem heroischen Verzicht der Gewerkschaften auf Lohnforderungen auf keinen Fall zu vermeiden sein; es wäre wirklich das erstemal, daß der Anfangsvorteil einer Abwertung — gesteigerte Ausfuhr — nicht durch ihren schließlichen Dauernachteil — Erhöhung des Preisstandes — ausgeglichen würde.

Was aber in dem größeren weltpolitischen Zusammenhang, in den die Abwertung hineingestellt werden muß, besonders wichtig ist: sie vermehrt die Abhängigkeit des britischen Sozialismus vom amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus noch weiter. Die *wirtschaftliche* Abhängigkeit zunächst: Statt die Einfuhr aus dem Dollargebiet und die notwendige Ausfuhr dorthin auf das geringstmögliche Maß zu beschränken, also den Warenaustausch mit anderen Währungsgebieten, namentlich auch dem Rubelblock, zu steigern, stellt sich England jetzt ganz einseitig auf die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten ein und bindet damit sein wirtschaftliches Schicksal noch enger an dasjenige Amerikas, als das schon bisher der Fall war. Und das heißt natürlich: auch sein *politisches* Schicksal. In begründeter Besorgnis schreibt der «New Statesman»:

«Die gegenwärtige Entschlossenheit, die engstmögliche politische und militärische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion herzustellen, hat unsere politischen und unsere militärischen Interessen in flagranten Widerspruch zueinander gebracht. Auf Grund des Atlantikpaktcs erstreben wir eine immer engere gegenseitige Abhängigkeit im Verhältnis zur Neuen Welt, während alle wirtschaftlichen Überlegungen verlangen, daß wir unsere Abhängigkeit von ihr verringern. Es war kein Zufall, daß Sir Stafford Cripps bei seiner Washingtoner Sendung von Bevin begleitet war. Dessen Besprechungen mit Acheson erinnerten daran, daß Großbritannien im Mittleren Osten, in Afrika, Indien, Südostasien und nun auch in Hongkong die ausschließliche militärische Verantwortung für eine Politik trägt, die tatsächlich eine gemeinsame englisch-amerikanische Verpflichtung darstellt. Um diese Verpflichtungen einseitig auszuführen, geben wir dieses Jahr 800 Millionen Pfund aus, und im nächsten Jahr wird die Rechnung wahrscheinlich noch höher sein. Die Anwesenheit von 25 000 britischen Soldaten in Hongkong und der Umstand, daß Bevin keine amerikanischen Verstärkungen verlangt hat, sprach zweifellos stark zugunsten einer sympathischen Haltung Amerikas gegenüber Großbritannien in dessen gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten... Aber jetzt, da uns die Abwertung aufgezwungen ist, ist die Zeit gekommen, zu fragen, ob die Sonderstellung gegenüber Amerika, die Bevin durch seine Außenpolitik für unser Land erwirkt hat, wirklich die kolossalen Opfer wert ist, die sie erheischt.»

Die Zeit wäre allerdings gekommen; aber machen wir uns keine Illusionen: unter der *gegenwärtigen* Führung der Labourpartei wird die Außenpolitik Großbritanniens keine entscheidende, befreiende Änderung erfahren. Wenn man den einläßlichen, wohlbelegten Bericht liest, den Koni Zilliacus über die abstoßenden, durch und durch undemokratischen Begleiterscheinungen seines Ausschlusses aus der Labourpartei veröffent-

licht hat² — er spricht von einer «Kombination konservativer Außenpolitik mit kommunistischer Parteidisziplin» —, dann wird es einem vollends klar, daß die Labourregierung in der internationalen Politik einfach die Sachwalterin der konservativen Empire-Interessen ist. Traurig genug, daß, wie Zilliacus sagt, «der Preis der Mitgliedschaft in der Labourpartei heute darin besteht, daß man gegenüber Bevins Selbstmordpakt mit Churchill taubstumm sein muß!»

Das alte Deutschland Die Früchte dieser verhängnisvollen Politik reifen nicht zuletzt in *Deutschland* schnell heran. Denn wie sehr auch die Westmächte hoffen mögen, die von ihnen geschaffene *Westdeutsche Bundesrepublik* gegen die Sowjetunion ausspielen zu können: sie werden sicher wenig Freude an diesem ihrem Geschöpf erleben, dessen Arroganz ihnen schon bei seinen ersten Gehversuchen nicht geringen Verdruß bereitet hat. In Theodor Heuß hat die Bonner Republik zwar einen anständigen und kultivierten Präsidenten bekommen — ich habe ihn einstens, zu Naumanns Zeiten, gekannt —, aber daß Dr. Heuß als Reichstagsabgeordneter am 23. März 1933 durch seine Zustimmung zu der Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte der deutschen Volksvertretung Hitler in den Sattel setzen half, erweckt eben doch wenig Vertrauen in seine Fähigkeit, die *neue* Verfassung gegen *neue* Staatsstreichunternehmungen zu schützen. Bedenklich ist auch, was die Berliner Wochenschrift «Deutschlands Stimme» (vom 23. September) von Heuß berichtet: daß er nämlich in der «Hilfe» (Naumanns ehemaligem Organ) von Hitlers Angriff auf Polen, den er lebhaft begrüßte, bis mindestens 1941 den nazistischen Krieg durchaus unterstützte und unter anderem auch für «Das Reich» des Herrn Goebbels schrieb.

Und dann gar der Bundeskanzler Adenauer! Der ist doch der typische reaktionäre Geschäftspolitiker der Weimarer Zeit, der nicht allein durch seine Verbindung mit den rheinischen Separatisten — die ihre «Erzherzogtümer» unter französischem Schutz zu stellen gedachten —, sondern auch sonst gezeigt hat, daß ihm die Klasseninteressen des «freien Unternehmertums» über die Freiheit und Wohlfahrt der Gesamtnation gehen. Die von ihm geführte Regierung besteht denn auch ganz überwiegend aus erprobten Klerikal-Konservativen und sonstigen Rückwärtsern, die auf fatale Weise an ihre Vorgänger in der ersten Republik erinnern. «Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten», möchte man beim Anblick dieser Mannschaft ausrufen, wüßte man nicht, daß es für die Geschäftsführer der alten und neuerstandenen Herrenklasse, die Deutschland und Europa zweimal ins Unglück gestürzt hat, in *einem* Punkt gewiß kein Schwanken gibt: in der Entschlossenheit, des Deutschen Reiches Macht und Herrlichkeit um jeden Preis wieder aufzurichten, auch wenn die Welt darüber in Stücke gehen sollte.

² K. Zilliacus, Why I was expelled. Collet's Holding Ltd., London.

Ganz bezeichnend für die Geistesverfassung des «neuen» Deutschland ist ja die Szene, die sich in einer der ersten Sitzungen des westdeutschen Bundestags abspielte: Als der Kommunist Reimann in keineswegs herausforderndem Ton von der Oder-Neiße-Grenze als einer «Grenze des Friedens» sprach, da geriet das hohe Haus, wie ein Berichterstatter sich ausdrückt, völlig «außer Rand und Band», und es hagelte nur so Proteste, Beschimpfungen und Ordnungsrufe auf das Haupt des Unglücklichen, der es gewagt hatte, die «nationalen Gefühle» aller guten Deutschen so unerhört zu verletzen. Nun braucht man ja die Ausdehnung Polens nach Westen hin (zum Ersatz für seine an Rußland verlorenen, von Nichtpolen bewohnten östlichen Gebiete) keineswegs als der Staatsweisheit letzten Schluß anzusehen, trotz allem Fürchterlichen, das die Polen von Deutschland erlitten haben, um dennoch zu wissen, daß ein Unrecht nicht durch ein zweites gutgemacht werden kann und daß die Deutschen ihre ehemaligen Ostprovinzen höchstens durch einen neuen Krieg zurückzugewinnen vermöchten. Denn daß die Sowjetunion, um sich mit Deutschland zu verständigen, Polen opfern würde, ist doch nicht anzunehmen, um so weniger, da sie sich gerade jetzt anschickt, als Gegenzug gegen die Errichtung eines westdeutschen Staates durch die Westmächte nun ihrerseits einen besonderen ostdeutschen Staat zu schaffen³. Und trotzdem ist die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen, die womöglich auch Österreich und das Sudetenland einzuschließen hätten, einer der ersten Programmpunkte der westdeutschen Republik. Soll sich also die Geschichte des deutschen Nationalrevisionismus der zwanziger und dreißiger Jahre, der Hitler zur Macht führte, wiederholen? Und hat die Bismarcksche Losung, daß Deutschland nur «mit Blut und Eisen» geeinigt werden könne,

³ Die *Deutsche Demokratische Republik* ist inzwischen bereits ausgerufen worden. Die Russen konnten der Bildung des westdeutschen Staates tatsächlich nicht länger untätig zusehen, ohne recht unangenehme Rückwirkungen auf die Ostzone zu riskieren. Ob die Erwartungen, die sie an die Schaffung der ostdeutschen Konkurrenzregierung knüpfen, sich erfüllen werden, bleibt freilich höchst fragwürdig; der neue Staat krankt vor allem daran, daß hinter ihm nur eine geringe Minderheit der ostdeutschen Bevölkerung aus wirklicher Überzeugung steht. Wenn man nun aber demgegenüber die westdeutsche Bundesrepublik als «wirklich demokratisch» zustandegekommen rühmt, so muß man dann doch vor Illusionen warnen. Rein formal sind die Wahlen, aus denen der westdeutsche Staat hervorgegangen ist, gewiß frei gewesen, aber was den Wahlen vorausging und ihr Ergebnis absolut bestimmte, nämlich die Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung, war das genaue Gegenteil von frei. Es waren vielmehr die alliierte Militärdiktatur, die industriell-kapitalistischen Besitzinteressen und die römisch-katholische Kirche, also Mächte von durch und durch demokratiewidrigem Charakter, die mit ihren allbeherrschenden Einflußmitteln vier Jahre lang die öffentliche Meinung der westdeutschen Bevölkerung geformt und gemodelt haben, bis sie reif für die «freien Wahlen» vom Sommer 1949 war. Das weiß man in der Ostzone nur zu genau und fühlt sich darum in puncto Demokratie gegenüber dem Westen durchaus nicht minderwertig; im Gegenteil, man erklärt es für grundsätzlich unmöglich, daß unter bürgerlich-kapitalistischem Regime überhaupt wirkliche Demokratie gedeihe und macht sich daher zunächst einmal an die Schaffung der wirtschaftlich-sozialen Voraussetzungen für das Funktionieren einer rechten Demokratie, sei es auch — und das ist nun die Illusion dieser Auffassung — mit den Mitteln der politischen Diktatur.

noch immer nicht genug Unheil angerichtet? Es liegt vor allem an den Regierungen der Westmächte, darauf zu antworten. Die Westvölker aber müssen sich in ruhiger Entschlossenheit bereit machen, ihren Regierungen in den Arm zu fallen, wenn diese verblendet genug wären, einem unbelehrten, unbekehrten Deutschland abermals seine «große Chance» zu geben, so wie sie es schon nach dem ersten Weltkrieg der Weimarer Republik wie dem Dritten Reich gegenüber getan haben!

Moskaus schwere Hand Angesichts der unbegrenzten Möglichkeiten, die in der mitteleuropäischen Lage beschlossen sind, glaubt die Sowjetunion ihren Griff um Osteuropa neuerdings verstärken zu müssen. Denn das ist es ja, was hinter den sonst unverständlichen Entwicklungen in den Ländern der sowjetischen Einflußzone steht: der Wille, den Ostblock wirtschaftlich wie militärisch und politisch zu einer fugenlosen Einheit hartzuschmieden und die Unterordnung der osteuropäischen Volksrepubliken unter die in Moskau festgelegte Gesamtpolitik der slawisch-kommunistischen Welt gegen alle Selbständigkeitsgelüste unbedingt sicherzustellen. Gegenüber Jugoslawien ist das dem Kreml bisher nicht gelungen. Im Gegenteil: auf die Politik planmäßiger Verleumdung und Isolierung, welche die Kominformstaaten dem unbotmäßigen Jugoslawien gegenüber betreiben, antwortet dieses mit einer ebenso geschickten wie wirksamen Gegenpropaganda, die den Nachdruck auf die revolutionär-sozialistische Linie legt, die das neue Jugoslawien unerschütterlich einhalte. Und wenn man auch das Zusammenspiel Jugoslawiens mit den Westmächten an der gegenwärtigen UNO-Tagung in Neuyork nur mit Unbehagen beobachten kann, so wird man doch zugeben müssen, daß die tiefgreifende Umgestaltung der jugoslawischen Wirtschaft und Gesellschaft in der Richtung auf den Sozialismus hin das Regime Tito vor dem Verdacht schützt, es verfolge in Wirklichkeit gegenrevolutionär-kapitalistische Ziele und gehe längst darauf aus, Jugoslawien zu einem Stützpunkt der Westmächte in ihrem Kampf gegen die Sowjetunion zu machen.

Das Ansehen Jugoslawiens in der antikapitalistischen Welt ist jedenfalls trotz allen Kominformbemühungen bisher unerschüttert geblieben, und die Regierung Tito scheint auch im jugoslawischen Volk selbst durchaus den nötigen Rückhalt zu haben. Darum jetzt der neue Schlag, zu dem die Sowjetführung — oder die ungarische Regierung in ihrem Dienst — ausgeholt hat: der Prozeß gegen die «Rajkbande». Es mag durchaus sein, daß von den zahllosen Beschuldigungen, die gegen Rajk und Genossen erhoben worden sind, der eine oder andere Punkt vor einem unparteiischen Gericht bewiesen werden könnte. Aber von den entscheidenden Anklagen, daß nämlich diese Kommunisten und Sozialisten, die bisher an höchsten Stellen standen, in Wahrheit «trozkistische Schurken» gewesen seien, die als Agenten Horthys und Hitlers schon seit 1932 gewählt und nun im Auftrage Titos und der Westmächte sogar einen zum Glück noch

in letzter Minute vereitelten Staatsstreich, ja die Ermordung führender ungarischer Politiker vorbereitet hätten — davon glaube ich kein Wort⁴. Die hundertfünfzigprozentigen Geständnisse der Angeklagten sind offenkundig vorher verabredet worden, sei es, daß sie unter Zwang erfolgten, sei es, daß sie in jenem kommunistischen Selbsterniedrigungsdrang, der uns so schwer verständlich ist, freiwillig gemacht wurden, im Gegensatz zum Prozeß Mindszenty, wo der Hauptangeklagte nur zugab, was er unbedingt *mußte*, und auch das noch nach Kräften bagatellierte. Es ist wirklich politische Zweckjustiz schändlichster Art, was diesen zweiten Budapester Prozeß kennzeichnet. Und wenn es schon richtig sein wird, daß der Prozeß Rajk das Ende der «volksdemokratischen» Periode in Osteuropa mit ihrer Kompromiß- und Koalitionspolitik und den Anfang einer neuen Aera rücksichtsloser Diktatur auch für die russischen Gefolgsstaaten bedeutet, so gibt man sich in Moskau doch bestimmt keine Rechenschaft von dem schweren, vielleicht unheilbaren Schaden, den sich die Sowjetunion mit dem Budapester Prozeß und ihrem ganzen Feldzug gegen Jugoslawien selber zugefügt hat.

Wie sich das Verhältnis zwischen den Kominformländern und Jugoslawien weiterhin gestalten wird, ist freilich noch gänzlich unklar. Beim Abbruch der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, der zwischen beiden Teilen nun tatsächlich erfolgt ist, wird es jedenfalls kaum bleiben, und man wird gut tun, sich auf allerlei Gewaltaktionen gefaßt zu machen, die um Jugoslawien herum geschehen werden, besonders wenn etwa die griechischen Regierungstruppen, wie das die Athener Nationalisten längst fordern, in *Albanien* einmarschieren sollten und Jugoslawien in den dadurch heraufbeschworenen internationalen Konflikt hineingezogen würde. Es riecht auf dem Balkan bedenklich nach Pulver!

Der Kampf um Asien Denken wir aber immer daran, daß die eigentlichen Weltentscheidungen vor allem in Asien fallen werden. Und daß hier die Westmächte von einer Niederlage zur anderen schreiten, während die Sowjetunion moralische Eroberungen größten Stiles macht, das ist ja völlig mit Händen zu greifen. Typisch bleibt vor allem die Entwicklung in *China*, wo sich der Zusammenbruch des alten Regimes mit eherner Folgerichtigkeit vollzieht. Nachdem die Provinz Jünnan schon vor Wochen von der Kuomintangregierung abgefallen ist, was die Rote Armee bis unmittelbar an die Grenzen Indochinas und Burmas herangebracht hat, sind nun drei weitere Provinzen, Sujyan, Ningsia und Sinkiang, mit einem Gebiet von 800 000 Quadratkilometern, ins kommunistische Lager übergegangen, so daß der Herrschaftsbereich der «nationalen» Regierung heute auf die südöstlichen

⁴ Von Tibor Szoenyi (alias Dr. med. Hoffmann) z. B., der jahrelang an der Zürcher Nervenpoliklinik gearbeitet hat, versichern Leute, die ihn kannten, er sei der anständigste Mensch von der Welt und von ausgeprägter Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft.

Reichsteile beschränkt ist, die nur zu bald ebenfalls von den Volksarmeen besetzt sein werden. Die Ausrufung der *Chinesischen Volksrepublik*, mit Sitz in Peking und Mao Tse-Tung, dem «chinesischen Lenin», als erstem Präsidenten, entspricht jedenfalls einer unbezweifelbaren Realität, die anzuerkennen auch die Westmächte kaum mehr lange aufschieben können.

Wir stehen damit wiederum vor einem weltgeschichtlichen Ereignis erster Ordnung und zugleich vor einer außerordentlich bedeutsamen Machtverschiebung in Ostasien. Am stärksten empfindet man die geschehene Umwälzung natürlich in den Vereinigten Staaten, die sich die Stützung des Kuomintangregimes drei Milliarden gute Dollar haben kosten lassen — fast zwei Milliarden Hilfgelder und dazu Überschußmaterial aus dem Krieg im Wert von über einer Milliarde Dollar —, nur um jetzt den gänzlichen Bankerott ihres Unternehmens feststellen zu müssen. Dabei hat man in Amerika nicht einmal den Trost, daß die eigene Intervention in China eben von einer wirksameren russischen Gegenintervention durchkreuzt worden sei. Das amerikanische Regierungs-Weißbuch über China gibt vielmehr selber verschiedene Botschaftsberichte wieder, die ausdrücklich darauf hinweisen, daß «wenig, wenn überhaupt irgendein Beweis für materielle Hilfeleistung» der Sowjetunion an die chinesischen Kommunisten vorliege, und daß man auf amerikanischer Seite nicht behaupten könne, «Sowjetsoldaten und -techniker nähmen wirklich am Bürgerkrieg im kommunistischen Lager teil.» Und doch sieht man in Amerika die eigene Niederlage in China als Sieg der Sowjetunion an. «Ein großes weltpolitisches Unternehmen des mächtigsten Landes der Erde», so schreibt in der Neuyorker «Nation» der hervorragende Asienkenner Owen Lattimore,

«ist ohne erkennbare Bemühung von einem Lande zum Scheitern gebracht worden, dessen industrielle Leistungsfähigkeit nur etwa einen Fünftel bis einen Viertel derjenigen der Vereinigten Staaten beträgt. Auf der Seite, welche die tätige, wenn auch fehlgeleitete Unterstützung mehrerer tausend Amerikaner hatte, stehen amerikanische Ideale und Ideologien und amerikanisches Ansehen auf dem niedrigsten Stand, der in einem Jahrhundert amerikanischer Beschäftigung mit China verzeichnet wurde. Auf der Seite, auf der bisher kein sichtbares russisches Personal festgestellt werden konnte, stehen russische Ideale und Ideologien und russisches Ansehen auf einer nie gekannten Höhe. Die russische Nichtintervention hat sich mit Hilfe der amerikanischen Intervention durchgesetzt.»

Owen Lattimore plädiert lebhaft für eine gründliche Umstellung der amerikanischen China- und Asienpolitik:

«China ist eine Tatsache. Die chinesischen Kommunisten sind eine Tatsache. Es ist Tatsache, daß Rußlands Kraft geballt und entwicklungsfähig bleibt, und daß kein erkennbarer Teil davon auf China abgelenkt worden oder dort festgelegt ist. Eine neue amerikanische Politik in Asien muß mit dem Eingeständnis beginnen, daß diese Tatsachen nicht aus der Welt geschafft oder korrigiert werden können, weder mit der Taktik des Zuckerbrots noch mit derjenigen der Peitsche.»

Leider besteht wenig Aussicht, daß dieser Ruf an maßgebender Stelle gehört werde. Alle Berichte über die Verhandlungen, die jüngst in Wa-

shington zwischen Bevin und Acheson gepflogen worden sind, stimmen darin überein, daß sich die Außenminister der beiden angelsächsischen Reiche neuerdings auf eine *scharf antikommunistische und antisowjetische Linie* für Asien geeinigt haben. «Finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für alle Staaten und Kolonien, die sich im Machtbereich der Westmächte befinden, militärische Hilfe für Siam, Burma und andere Staaten in Asien sowie umfangreiche wirtschaftliche Investitionen in Indien und Pakistan», das seien, so läßt sich die «Neue Zürcher Zeitung» (unter dem 15. September) aus London melden, «die Grundpfeiler der gemeinsamen angelsächsischen Politik in Asien», die zwischen Bevin und Acheson vereinbart worden sei. Also im Grunde, trotz etwelcher Verbrämung mit Redensarten über «modernere Methoden», die im Kampf gegen den Kommunismus angewandt werden müßten, der alte, unselige Imperialismus, der auch künftighin, allen bitteren Erfahrungen zum Trotz, betrieben werden soll, in Asien wie in Europa, mit der Aussicht, daß ein Aufeinanderprallen der beiden um die Weltmacht ringenden Staatenblöcke immer unvermeidlicher wird. Und keine Kraft ist da, die sich diesem Kurs entgegenstemmen und die nahende Katastrophe abwenden könnte!

Dritte Kraft? Denn nicht wahr, darüber sind wir wohl alle einig: die sogenannte *Dritte Kraft*, von der seinerzeit so viel die Rede war und die, als demokratischer Sozialismus angeblich zwischen Kapitalismus und Kommunismus stehend, auch in der Weltpolitik über den tödlichen Gegensatz von Ost- und Westblock hätte hinausführen sollen, diese Dritte Kraft hat sich vor unseren Augen mehr und mehr in ein nebelhaftes Phrasengebilde aufgelöst. Schon lange vor dem Atlantikpakt sind die Staaten Westeuropas, die zusammen tatsächlich eine selbständige Großmacht zwischen Amerika und Rußland, mit eigener Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung, hätten bilden können, einer nach dem andern sachte ins amerikanische Lager abgeschwenkt, sei es aus klassenpolitischen, sei es aus ideologischen oder einfach aus wirtschaftlichen Gründen (Marshallhilfe und dergleichen). Und wie lange wird es noch gehen, daß auch Westdeutschland in die «europäische Völkerfamilie», ja sogar in die atlantische Gemeinschaft aufgenommen wird und endlich, endlich wieder aufrüsten darf, wonach ja schon längst seines Herzens innigstes Verlangen geht? Denn die Kraft, die heute Westeuropa beherrscht und die Tatsache einer nach wie vor bestehenden deutschen Gefahr immer stärker ins Unterbewußtsein der Menschen verdrängt, ist offenkundig der *militante Antikommunismus*, die Furcht vor der sozialen Revolution und der Haß gegen ihre Träger, die als Leidenschaft für Freiheit und Menschenrecht auftretende, vom Wirtschaftlichen wie vom Geistigen her bestimmte Besitzangst, die bürgerlich-kapitalistische Reaktion. Diese Strömung hat mit elementarer Kraft Westeuropa an die Seite der Vereinigten Staaten, der Hochburg der «freien Gesellschaft», geführt — trotz Labour-England, das, wie sich der Pariser «Combat» einmal ausdrückte, «eine regelwidrige,

unzeitgemäße Erscheinung in Europa ist». Die Strömung geht jedenfalls nicht nur gegen den Kommunismus, sondern eindeutig auch gegen den demokratischen Sozialismus, der sie durch seinen eigenen Antikommunismus und seine vielfältigen Koalitionen mit dem staaterhaltenden Bürgertum noch kräftig verstärkt⁵.

Bei dieser Entwicklung spielt in allen Ländern der *konservative Katholizismus* eine wesentliche, zum Teil beherrschende Rolle. Ob der Vatikan wirklich, wie vermutet wird, die Bildung eines lateinischen Staatenblocks, ergänzt durch Österreich und Westdeutschland, aber ohne England, erstrebt, bleibe dahingestellt; sicher ist, daß er eine Hauptantriebs- und Propagandakraft für den Kreuzzug gegen Kommunismus und Sowjetunion ist und mit höchster Zielstrebigkeit mehr und mehr das ganze öffentliche Leben der Länder des westeuropäisch-amerikanischen Kulturkreises, besonders auch der Vereinigten Staaten, durchdringt. Professor Harold Laski berichtete nach seinem jüngsten Besuch in Amerika nicht ohne Erstaunen von der «unermesslichen und anmaßenden Autorität», die dort die römisch-katholische Hierarchie beanspruche, und es ist kaum eine Übertreibung, wenn dieser kenntnisreiche Beobachter behauptet, daß «Rom nur in Spanien und in Quebec den Einfluß und die unantastbare Stellung hat, die ihm seine zunehmende Offensive außerhalb des Bibelgürtels in den Vereinigten Staaten gewonnen hat». («The Nation, 2. Juli 1949⁶».)

⁵ Diese Tendenz erfährt durch die jüngste *Regierungskrise in Frankreich* eine neue Bestätigung. Der früheren Ausschaltung der Kommunisten aus der Regierung droht nun ganz logischerweise auch die Verdrängung der Sozialisten aus den mehr fiktiven als realen Machtstellungen zu folgen, die sie bisher noch innehatten. Den französischen Sozialisten scheint es allmählich in der Gesellschaft der offenen reaktionären Regierungsparteien doch etwas unbehaglich geworden zu sein, so daß sie — die Krise ist in dem Augenblick, da wir schreiben, noch nicht gelöst — den Absprung wohl oder übel wagen zu müssen glauben. Die Fernhaltung de Gaulles von der Ergreifung der Macht, mit der sie bisher, sich selbst betrügend, ihre charakterlose Koalitionspolitik begründet hatten, scheint jetzt plötzlich keine Rolle mehr zu spielen, und in Wahrheit war es ja auch vor allem ihre Feindschaft gegen die Kommunisten, die sie mit den anderen Parteien der Mitte und der «gemäßigten» Rechten verband, während ihre Abneigung gegen die Bewegung de Gaulles, die sie bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung an zahlreichen Orten in aller Form unterstützt haben, durchaus nicht so heftig ist. Tatsächlich kann, wie das Beispiel der Weimarer Republikaner, besonders der deutschen Sozialdemokraten und der von ihnen geübten «Politik des kleineren Übels» lehrte, die faschistische oder halbfaschistische Diktatur nicht dadurch vermieden werden daß man reaktionär-gegenrevolutionäre Politik in eigener Regie betreibt, sondern nur durch grundsätzlichen Kampf auf der ganzen Linie. Aber eben — dazu waren und sind die französischen «Sozialisten» längst nicht mehr fähig; sie sind zu sehr eine gut bourgeoise, staaterhaltende Mittelpartei geworden, als daß sie — gar noch zusammen mit den Kommunisten — noch irgend so etwas wie eine revolutionäre Linie verfolgen könnten.

⁶ Diese Zusammenhänge sind der Gegenstand eines Buches von Paul Blanshard, *American Freedom and Catholic Power*, das um seiner reichen, gewissenhaften Dokumentation willen in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen erregt und schon gegen 40 000 Käufer gefunden hat, obwohl es unter katholisch-kirchlichem Druck von der

Einen realistischen Ausweg aus dieser ganzen gefahrenschwangeren Lage sehe ich nur auf einer doppelten Linie: einerseits in einem freilich erst noch zu organisierenden Widerstand der europäischen Völker gegen die Teilnahme an irgendeinem neuen Krieg, andererseits in der geduldigen, aber vertrauensvollen und von kommunistischer wie von antikommunistischer Leidenschaft gleich freien Arbeit an der Herbeiführung eines friedlichen Zusammenlebens der östlich-kommunistischen mit der westlich-bürgerlichen Welt, so wie sie auch die von mir bereits erwähnte Denkschrift der amerikanischen Quäker anregt. Hier, in der Bewältigung dieser Aufgabe, muß sich die wirkliche Dritte Kraft entfalten und bewähren. Ob wir imstande sind, die uns aufgetragene Arbeit auch an die Hand zu nehmen und den Weg ins Freie noch rechtzeitig zu öffnen, das ist nun allerdings die große Frage. An ihrer Lösung oder Nichtlösung wird sich das Schicksal des Abendlandes in der kommenden Geschichtsperiode entscheiden.

5. Oktober.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Eidgenössisches Das öffentliche Leben der Schweiz bietet in diesen sonst so besonnenen Herbsttagen ein eher düsteres Bild. Das politische Hauptproblem der Eidgenossenschaft, die *Bundesfinanzreform*, ist andauernd Gegenstand eines ebenso zähen wie unrühmlichen Markts, über dessen vorläufiges Ergebnis erst im nächsten Heft berichtet werden kann, bei dem aber, besonders infolge des Abschwinkens der Freisinnigen nach ganz rechts, wahrscheinlich die hartgesotenen «Föderalisten» und sonstigen besitzsteuerscheuen Patrioten den Hauptprofit einkassieren werden. Inzwischen hat durch die überraschende Annahme des Volksbegehrens für «Rückkehr zur direkten Demokratie» (am 11. September) der Bundesrat vom Volk eine erste Quittung für seinen Antrag vom 22. Juni bekommen, die Übergangsordnung für den Finanzhaushalt des Bundes auf das Vollmachtenrecht zu gründen und das Volk gerade für fünf Jahre von aller Mitsprache auszuschließen. Die Initiative richtete sich zwar nicht gegen das Vollmachtenregime an sich; sie bewirkt nur, daß Vollmachtenbeschlüsse der Bundesversammlung höchstens noch für ein Jahr gefaßt werden können und innerhalb dieses Zeitraumes der Volksabstimmung unterbreitet werden müssen. Aber das — wenn auch nur mit knappem Mehr ausgesprochene — Nein des Volkes — soweit man von «Volk» reden kann, wenn nur 46 Prozent der allein stimmberechtigten männlichen Bevölkerung zur Urne gegangen sind — war dennoch ein unzweideutiger Protest gegen den Vollmachtenunfug überhaupt und sollte trotz der unbefriedigenden Fassung des Initiativtextes eine Mahnung an Bundesrat und Bundesversammlung sein, in beschleunigtem Tempo auf den ordentlichen Rechtsweg zurückzukehren. Zusammen mit der Verwerfung des Tuberkulosegesetzes und des Notenbankartikels

Presse sozusagen totgeschwiegen wird. — Auch Roger Garaudy gibt in seinem (freilich vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus geschriebenen) Buch «L'Eglise, le Communisme et les Chrétiens» (Editions Sociales, Paris, 64. Bd. Auguste Blanqui) viel wertvolles Material über die politische Rolle der römischen Kirche, wobei er nicht versäumt, zu zeigen, daß der Vatikan auch «eine sehr große kapitalistische Macht ist, ein Trust oder genauer eine internationale Riesenholdinggesellschaft».